

II- 66 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 48 / J

1979 -07- 03

A n f r a g e

der Abgeordneten DR. BROESIGKE, DR. HAIDER, DR. STEGER, DR. OFNER
an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend Zweiter Bericht der Volksanwaltschaft - Entschädigung für
Verbrechensopfer

Bei der Prüfung eines Beschwerdefalles betreffend die Ablehnung einer
Verbrechensopfer-Entschädigung gelangte die Volksanwaltschaft, wie aus
ihrem Zweiten Bericht an den Nationalrat (Seiten 20 und 21) hervorgeht,
zu der Ansicht, "daß die derzeit geltenden Bestimmungen dieses Bundesgesetzes
nicht ausreichend sind, da im Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfe-
leistungen an Opfer von Verbrechen jene Fälle außer Acht gelassen wurden,
in denen ein bleibender Körperschaden keine Auswirkungen auf die Verdienst-
verhältnisse hat, sich jedoch in anderen Bereichen des täglichen Lebens
nachteilig bemerkbar macht und oft auch zusätzliche finanzielle Belastungen
mit sich bringt. Es wäre daher zu erwägen, ob durch den Einbau einer alter-
nativen Berentung von Dienstschäden in Form der Gewährung von Beschädigten-
Grundrenten sowie von Witwen- und Waisenrenten eine Verbesserung der der-
zeitigen Situation herbeigeführt werden sollte."

Unter Bezugnahme auf diese Anregung der Volksanwaltschaft richten die
unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für soziale
Verwaltung die

A n f r a g e :

Wurde der gegenständliche Vorschlag der Volksanwaltschaft bereits einer
Prüfung unterzogen - und, wenn ja, wie lautet das Ergebnis?